



WIESBADEN



Die Vorsitzende des
Ausschusses für Schule, Kultur und
Städtepartnerschaften
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schlossplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-3397
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiterin Elke Kessel

Wiesbaden, 27.10.2016

1. Den Mitgliedern des
Ausschusses für Schule, Kultur und Städtepartnerschaften
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Frau Stadtverordnetenvorsteherin

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
des Ausschusses für Schule, Kultur und Städtepartnerschaften
am Donnerstag, 3. November 2016, um 17:00 Uhr,
Rathaus, Raum 22 (EG), Schlossplatz 6, Wiesbaden

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

Tagesordnung I

1. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung am 08.09.2016
2. Vorstellung der Arbeit des Partnerschaftsvereins Wiesbaden-Wroclaw durch die 1. Vorsitzende,
Frau Jadwiga Lange

Bereich Kultur

3. 16-F-24-0004

Kulturentwicklungsplan Grundlagen
Antrag der Fraktionen von SPD, CDU, Grüne und FDP vom 27.10.2016-

Das Anliegen, einen Kulturentwicklungsplan für die Landeshauptstadt Wiesbaden zu erstellen, trifft auf einen großen kulturpolitischen Konsens. Derzeit sind die finanziellen Rahmenbedingungen für den Prozess noch nicht abschließen erörtert und beschlossen. Um dennoch bereits auf ein breites

Wissensfundament zurückgreifen zu können, bedarf es zunächst einer quantitativen Grundlagenermittlung.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. dem Ausschuss für Schule, Kultur und Städtepartnerschaften einen Ist-Stand der Wiesbadener Kulturlandschaft vorzulegen. Hierbei sollen insbesondere bereits bestehende Einrichtungen und sich wiederholende Veranstaltungen – unabhängig vom jeweiligen Betreiber oder Ausrichter – aufgelistet werden.
2. den in Beschlusspunkt 1 erwähnten Ist-Stand durch die Zuordnung gewährter Förderungen oder (Projekt-)Zuschüsse sowie geeigneter Kennziffern zu Angebot und Nutzung (etwa Besucherzahlen, Zahl der Veranstaltungen etc.) zu ergänzen. Hierbei kommt es nicht auf die Institutionalisierung derselben an. Idealerweise wird dieser Aufstellung, dort wo es aufgrund der vorhandenen Datenbasis möglich ist, eine Entwicklung der Fördersummen der vergangenen zehn Jahre beigefügt. Dabei ist auch, mit der Benennung der Gründe, aufzuzeigen, welche ehemals geförderten Einrichtungen/Veranstaltungen nicht mehr gefördert werden.
3. Diese quantitative Bestandserfassung stellt einen ersten Schritt zur Vorbereitung des KEP dar. Eine qualitative Bewertung des Ist-Zustandes ist im Rahmen der Erarbeitung des KEP durch geeignete Maßnahmen (etwa durch Experteninterviews etc.) zu erarbeiten.

4. 16-F-20-0005

Sachstand Kulturarbeit Flüchtlinge

-Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 25.10.2016-

Im März hatte Dezernentin Scholz im Rahmen einer Veranstaltung in der Villa Clementine Mittel über 50.000 € für kulturelle Flüchtlingsarbeit angekündigt (Wiesbadener Kurier v. 24.03.16).

Weitere Mittel sollten eingeworben und Strukturen für eine weitere, organisierte Arbeit aufgebaut werden.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, zu berichten:

1. Wie sind die Mittel von 50.000 € im Haushalt 2016/17 verankert?
2. Ist eine finanzielle Fortführung gesichert?
3. Wie viele Anträge für kulturelle Arbeit mit Flüchtlingen wurden gestellt?
 - a. Wie viele Anträge davon konnten bewilligt werden, wie viele wurden abgelehnt?
 - b. In welcher Höhe wurden insgesamt Mittel beantragt und wie viel davon konnte positiv beschieden werden?
 - c. Nach welchen Kriterien wurden Anträge positiv beschieden bzw. abgelehnt?
4. Welche dauerhaften organisatorischen Strukturen konnten aufgebaut werden?
 - a. Welche einmaligen Kosten verursachen diese?
 - b. Welche fortlaufenden Kosten entstehen?
5. Welche Drittmittel konnten eingeworben werden?
6. Wie viele Stipendien für geflüchtete Künstler wurden vergeben?

7. Wie sieht die konzeptionelle Weiterführung des Projekts aus? Hat der erwähnte runde Tisch zum Erfahrungsaustausch der Akteure in der kulturellen Flüchtlingsarbeit stattgefunden?

5. 16-F-02-0029

Städtepartnerschaften
-Antrag der CDU-Fraktion vom 25.10.2016-

Städtepartnerschaften bieten eine hervorragende Grundlage für die Schaffung eines gemeinsamen, in Frieden und Freiheit vereinten, Europas und haben an dessen bisheriger Entwicklung entscheidende Anteile genommen.

Es ist von daher auch eine kommunale Aufgabe, über die Grenzen hinweg zu anderen (insbesondere benachbarten) Ländern intensive Kontakte zu pflegen und die Menschen - insbesondere Kinder und Jugendliche - im Sinne eines vereinten Europas zusammen zu führen. Der Landeshauptstadt Wiesbaden kommt daher aufgrund ihrer besonderen Aufgabe eine ebenfalls ganz besondere Rolle zu, die mit der Vielfalt und der Vielzahl ihrer Verschwisterungen eindeutig dokumentiert wird.

Die Internationalität unserer Stadt und die Lage im Herzen Europas sind wichtige und auch günstige Voraussetzungen für die Entwicklung von Kontakten der Menschen untereinander. Die Abteilung „Protokoll“ leistet bereits seit Jahren, gemeinsam mit den verschiedenen Partnerschaftsvereinen, eine sehr gute Arbeit, die es fortzusetzen und weiter zu entwickeln auf jeden Fall lohnt.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. dem Ausschuss für Schule, Kultur und Städtepartnerschaften schriftlich darzulegen und mündlich zu berichten, wie sich die Situation unserer Städtepartnerschaften derzeit in Einzelfällen darstellt. Dabei soll auch darauf eingegangen werden, mit welchen Maßnahmen die Kontakte zu den Partnerstädten intensiviert und besonders Kinder und Jugendliche in die Kontakte einbezogen werden können.
2. weiterhin darzustellen, welche Ergebnisse das „Jahr der Städtepartnerschaften“ brachte und wie die Kontakte auf dieser Grundlage weiter entwickelt werden können.

6. 16-F-08-0038

Zukunft des Walhalla-Theaters
-Antrag der Fraktion Linke&Piraten vom 26.10.2016-

In den letzten Wochen wurden Pläne für eine neue künftige Verwendung des Walhalla öffentlich bekannt, die von vielen Bürgerinnen und Bürgern kritisch betrachtet und diskutiert werden sowie Gegenstand einer Erklärung des Arbeitskreises Stadtkultur waren. Diese bereits öffentlich diskutierten Planungen waren bislang nicht Gegenstand von Beratungen der Stadtverordnetenversammlung und ihrer Fachausschüsse.

Der Ausschuss wolle deshalb beschließen:

Der Magistrat möge den Ausschuss für Schule, Kultur und Städtepartnerschaften unverzüglich und umfassend über die aktuellen Planungen zur künftigen Nutzung des Walhalla und die geplanten baulichen Maßnahmen informieren.

Der Ausschuss teilt die Einschätzung des Arbeitskreises Stadtkultur hinsichtlich der Bedeutung des Walhalla-Theaters für das Kulturleben der Stadt.

Der Ausschuss erwartet, dass alle weiteren Planungen in enger Abstimmung mit der Stadtverordnetenversammlung und den zuständigen Fachausschüssen erfolgen.

7. 16-F-20-0004

Zukunft Walhalla - Einberufung eines "Runden Tisches"
-Antrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 26.10.2016-

In der aktuellen Diskussion um die Sanierung des Walhalla Theaters gibt es spürbaren Bedarf an einem weiteren Austausch über das zukünftige Vorgehen. Die im Rahmen des "Visionären Frühschoppens" vorgestellte Idee der WVV zur Sanierung des gesamten Gebäudekomplexes und anschließende Teilvermietung an das Varieté-Familienunternehmen GOP erfährt in der Stadtöffentlichkeit eine gesteigerte Aufmerksamkeit.

Der Charakter der Zwischennutzung der Immobilie durch den Verein Walhalla Theater e.V. ist unzweifelhaft und wurde auch von allen Beteiligten anerkannt. Gleichwohl hat der Walhalla Theater e.V. in mühe- und liebevoller Arbeit den Erhalt eines Teiles der Örtlichkeit für das kulturelle Leben der Stadt in den letzten 15 Jahren ermöglicht. Daraus ergibt sich für die Stadtpolitik die Verantwortung, sich für die Weiterarbeit dieser Kultureinrichtung unabhängig von der endgültig realisierten Lösung einzusetzen.

Ein runder Tisch, in dem über die Zukunft des Walhalla Theater e.V. gesprochen werden kann, ist der nächste Schritt, um möglichst zu einer gemeinsamen Lösung zu kommen.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

1. Der Ausschuss für Schule, Kultur und Städtepartnerschaften begrüßt die öffentliche Vorstellung der Pläne der WVV bereits in diesem frühen Stadium und betrachtet diese als ersten konkreten und bedenkenswerten Vorschlag für die Sanierung und weiterhin kulturellen Teilnutzung der Immobilie Walhalla. Der Ausschuss bittet den Magistrat zudem das Projekt im Ausschuss vorzustellen.
2. Der Ausschuss für Schule, Kultur und Städtepartnerschaften bekennt sich zum kulturellen Beitrag des Walhalla Theater e.V. und leitet daraus die Verantwortung ab, dem Verein eine Perspektive zur weiteren erfolgreichen Arbeit anzubieten.
3. Der Magistrat wird gebeten, einen "Runden Tisch Walhalla" mit Vertreterinnen und Vertretern aller Beteiligten (kultur- und planungspolitische Sprecher der Fraktionen, Ortsbeirat Mitte, Magistrat, Kulturamt, WVV, Walhalla Theater e.V., AK Stadtkultur und die IHK) einzuberufen, um die Möglichkeiten zur weiteren Sicherung der Vereinsarbeit zu diskutieren.
4. Der Magistrat wird gebeten zu prüfen, ob das Kernteam "Aktive Kernbereiche" bei der Durchführung des "Runden Tisches Walhalla" unterstützend tätig sein kann und diesen auch ggf. geschäftsführend moderiert, da das Projekt „Aktive Kernbereiche“ sich eingängig mit der Zukunft des Quartiers befasst hat.

8. 16-F-03-0061

Sachstand Jugendfestival
-Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 31.08.2016-

Vorstellung des Abschlussberichts zum Aktionsplan des Jugendfestivals durch Frau Hildegunde Rech

Bereich Schule

9. 16-F-01-0013

Kommunaler Sozialindex an Wiesbadener Kindertagesstätten und Schulen
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 13.09.2016 -

ANLAGE: Beschluss der Stadtverordnetenversammlung Nr. 0282 vom 22.09.2016

10. 16-F-20-0006

Notfall-Gefahren-Reaktionssystem
-Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 25.10.2016-

Presseberichten zufolge (FAZ v. 11.10.16 und 14.10.16) gehen die Notfall-Gefahren-Reaktionssysteme der Elly-Heuss-, der Dilthey-, der Oranien-, der Leibniz- und der Comeniuschule ab sofort, bis zum Beginn der Weihnachtsferien am 22. Dezember, in Betrieb. Eine Dienstvereinbarung, unterschrieben vom Städtischen Schulamt, dem Staatlichen Schulamt, dem Gesamtpersonalrat der Lehrerinnen und Lehrer beim Staatlichen Schulamt, dem örtlichen Personalrat und der jeweiligen Schulleitung, soll hierzu geschlossen werden.

Der Ausschuss wolle beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

1. Warum wurden die Anlagen eingebaut, bevor auch die juristischen Fragen der Nutzung geklärt sind?
2. Warum dauerte es fast zwei Jahre vom Entwurf des Gesamtpersonalrats bis zum (wahrscheinlichen) Abschluss einer immer noch vorläufigen Dienstvereinbarung?
3. Stehen noch juristische Fragen zur Prüfung aus um eine vorläufige oder dann auch endgültige Dienstvereinbarung zu erreichen?
 - a. Wenn ja welche?
 - b. Wenn nein, warum wird die Dienstvereinbarung nur bis Jahresende befristet geschlossen?
4. Was ist der Regelungsgehalt der Dienstvereinbarung?
5. Wann ist mit einer endgültigen Dienstvereinbarung zu rechnen, die einen Betrieb der bestehenden sowie weiterer Anlagen ermöglicht?

11. 16-F-08-0040

Schimmelbefall in der Philipp-Reis-Schule in Dotzheim
-Antrag der Fraktion Linke&Piraten vom 26.10.2016-

Im Juli 2016 wurde das Schulamt von Schimmelbefall und Durchfeuchtung der Wände in mehreren Klassenräumen der Philipp-Reis-Schule in Kenntnis gesetzt.

Der Ausschuss wolle deshalb beschließen:

Der Magistrat möge einen Sachstandsbericht über die Beseitigung der Schäden und gesundheitlichen Gefährdungen in Klassenräumen der Philipp-Reis-Schule geben und berichten, welche Maßnahmen im Interesse der Gesundheit der Grundschülerinnen und Grundschüler der Philipp-Reis-Schule und ihrer Lehrerinnen und Lehrer getroffen wurden.

12. 16-F-08-0041

Kostenfreies ÖPNV-Ticket für Schülerinnen und Schüler in Wiesbaden
-Antrag Fraktion Linke&Piraten vom 26.10.2016-

Die hessische Landesregierung plant, ein hessenweites ÖPNV-Ticket für Schülerinnen und Schüler zum kommenden Schuljahr einzuführen und stellt hierfür 20 Millionen € zur Verfügung. Dieses Ticket soll 365 € pro Jahr kosten und bisherige Karten für Schülerinnen und Schüler ersetzen und auch für Oberstufenschülerinnen und -schüler sowie Auszubildende erhältlich sein.

Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

Welche Kosten würden der LH Wiesbaden entstehen, wenn der Kaufpreis von 365 € für alle GrundschülerInnen, Sek. I-SchülerInnen, Sek. II-SchülerInnen, BerufsschülerInnen und FörderschülerInnen übernommen werden würde, soweit die Kosten nicht schon von der Stadt getragen werden?

13. 16-F-08-0039

Städtische Planungen "Wiesbaden 2030+"
-Antrag Fraktion Linke&Piraten vom 26.10.2016-

Kürzlich wurden die Planungen zur Zukunft Wiesbadens "Wiesbaden 2030+" durch weitere Workshops fortgesetzt, so mit einem mehrstündigen Workshop mit den Ortsbeiratsvorsitzenden und einem Workshop mit Beteiligung von zuständigen fachpolitischen Vertretungen der Stadtverordnetenfraktionen. Dabei fiel auf, dass in den seitens der Verwaltung präsentierten "Inputs" Bereiche wie Verkehrsentwicklung, Arbeitsmarkt und Umwelt bereits recht differenziert eingebracht wurden, die Entwicklungsplanung im Kultur- und Schulbereich aber nur sehr am Rande. Dabei wurde bereits die Erstellung eines Kulturentwicklungsplans vor längerer Zeit beschlossen und auch die Schulentwicklungsplanung ist von großer Bedeutung für die Stadt und die Menschen, die in ihr leben bzw. künftig leben werden.

Der Ausschuss wolle deshalb beschließen:

Der Magistrat möge im Planungsprozess "Wiesbaden 2030+" die Bereiche Schule und Kultur stärker als bisher geschehen einbeziehen.

Über die Einbeziehung der Bereiche Schule und Kultur bei diesen Planungen soll regelmäßig im Ausschuss berichtet werden, z. B. nach Workshops oder anderen "Meilensteinen" des Planungsprozesses.

Der Magistrat möge berichten hinsichtlich der weiteren Planungen für einen Kulturentwicklungsplan für die Landeshauptstadt Wiesbaden und über den Sachstand hinsichtlich der Aktualisierung der Schulentwicklungsplanung.

14. Verschiedenes

Tagesordnung II

- | | | |
|----|---|-------------------|
| 1. | 16-V-01-0023 | DL 41/16-1 |
| | Bericht zum Projekt Walkmühle | |
| 2. | 16-V-41-0019 | DL 41/16-7 |
| | Kulturfonds Frankfurt RheinMain; Evaluationsbericht zur Mitgliedschaft der Landeshauptstadt Wiesbaden | |
| 3. | 16-V-41-0018 | DL 43/16-3 |
| | Bericht Bau- und Abrissmaßnahme ehemaliges Schlachthofgelände | |
| 4. | 16-V-51-0031 | DL 41/16-8 |
| | Schlussbericht: "YOUTH WORK - Access For All" 18.04.16 - 25.04.16 | |
| 5. | 16-V-40-0023 | DL 43/16-2 |
| | Unabweisbare Baumaßnahmen des Schuldezernates | |
| 6. | 16-V-40-0030 | DL 42/16-5 |
| | Brückenschule Umsetzung II. und III. Bauabschnitt | |
| 7. | 16-V-40-0006 | DL 44/16-4 |
| | Ausführungsvorlage Konrad-Duden-Schule und Erweiterung Schulkinderhaus | |

Seite 8 der Einladung zur Sitzung des Ausschusses für Schule, Kultur und Städtepartnerschaften am 3. November 2016

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Spruch
Vorsitzende